



PRESSEINFORMATION

Heidelberg/Lüneburg, 27. Oktober 2015

Quantitative Easing für die europäische Gesellschaft

Zusammen mit Attac München veranstaltet die Akademie Solidarische Ökonomie vom 13. – 15. November im Münchener EineWeltHaus den Kongress „Für ein anderes Europa – Alternativen zum neoliberalen europäischen Projekt“. Auf dem Programm stehen alternative Ansätze, den alten Kontinent Europa aus den Krisen heraus in eine demokratisch und solidarisch wirtschaftende Wertegemeinschaft zu entwickeln. Die Akademie Solidarische Ökonomie schlägt – gemeinsam mit dem Konzeptwerk Neue Ökonomie – vier Schritte für ein neues Europa vor.

Die Euro-Krise ist von einer Krise der Finanzsysteme zu einer Krise Europas geworden. „OXI“ in Griechenland zum Spar- und Liberalisierungsdiktat der europäischen Institutionen, „SI“ in Katalonien zur Autonomie mit Austritt aus der EU, Zerstrittenheit und Abschottung der Mitgliedstaaten in der Flüchtlingskrise und ein Anwachsen rechts-populistischer Parteien bei sinkender Wahlbeteiligungen sind auf der politischen Ebene die Folgen des neoliberalen europäischen Projekts. Doch auch wirtschaftlich hat dieses Programm versagt: Rekordarbeitslosigkeit im europäischen Süden, zerrüttete Staatsfinanzen und Deflationsgefahren, denen die EZB mit einer monatlichen Geldschwemme („*quantitative easing*“) begegnet. Unter dem marktradikalen Programm hat Europa seine völkerverbindende Kraft verloren. Es ist zu einer länderübergreifenden Konkurrenzmaschine verkommen: Förderung von Wachstum und Rentabilität bei Abbau demokratischer und sozialer Rechte. Das „Gesetz des Wettbewerbs“ als europäische Gründungsformel bedarf einer grundsätzlichen Revision. Zum fehlgeschlagenen Konzept der wirtschaftlichen und sozialen Integration über eine supranationale Währung sind Alternativen dringend nötig und auch das Versagen vor ökologischen Fragen und die Blockade alternativer Entwicklungswege erfordern neue politische Konzepte.

Alternativen zum Europäischen Finanzsystem – Souveräne Geld- und Finanzpolitik

Das gegenwärtige europäische Finanzsystem lässt den Mitgliedstaaten keine Möglichkeiten souveräner Geld und Fiskalpolitik. So ist auch die Rolle der Europäischen Zentralbank grundlegend neu zu formulieren: Nicht das alleinige Ziel der Stabilität einer supranationalen Währung kann bei wirtschaftlich so völlig unterschiedlichen Ausgangslagen wie im heutigen Europa die Leitschnur sein. Stattdessen ist ein gesamt-europäisches wirtschaftliches Gleichgewicht – ähnlich dem damaligen Auftrag der Deutschen Bundesbank, unter Einschluss von Beschäftigungszielen – auch in der Geldpolitik vorzusetzen. Eine souveräne Geldschöpfung sollte nicht nur Banken finanzieren, sondern auch Wiederaufbau und Infrastrukturprojekte ermöglichen. Ein *quantitative easing* ist heute nicht für die Banken, sondern für die Gesellschaft nötig. Institutionen wie die Europäische Bank für Wiederaufbau müssen konsequent tatsächliche Konvergenz herstellen.

Auch die Basis unserer Wirtschaft – die Unternehmen – sind europaweit neben den wirtschaftlichen auch zu sozialen und ökologischen Zielen zu verpflichten. Die Bindung

von Eigentum an das Gemeinwohl – ein Artikel des deutschen Grundgesetzes – muss durch außerfinanzielle Berichts- und Bilanzpflichten erkenn- und messbar werden. Wenn Mittel aus milliardenschweren europäischen Strukturfonds und öffentlichen Aufträge innerhalb der EU an Gemeinwohl- und Nachhaltigkeitskriterien gekoppelt werden, können wirtschaftliche Konzentration, blindes Wachstum und Verdrängungswettbewerb auf Kosten von Arbeitsplätzen und sozialer Spaltung schrittweise ausbalanciert werden. Auf politischer Ebene braucht Europa ein Parlament mit grundlegenden parlamentarischen Rechten, um europaweit Lebensverhältnisse zu gestalten – und eine europäische Zivilgesellschaft als Motor eines neuen Europa.

Vier Schritte zur Neuausrichtung der europäischen Politik

Schritt 1: Internationale Finanzmärkte in den Dienst der realen Wirtschaft stellen

Zu den Grundvoraussetzungen einer neuen europäischen Finanzpolitik gehört die Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen, um das Abfließen von Kapital in Steueroasen zu verhindern. Außerdem müssen die internationalen Finanzmärkte – durch Regulierungen – wieder in den Dienst der realen Wirtschaft gestellt werden. Auch die Beschränkung überkomplexer Finanzprodukte, die Größenbeschränkung der Banken, die Einführung eines Trennbankensystems und einer Finanztransaktionssteuer zur Eindämmung von Spekulationen sind nötig, um die Banken wieder in den Dienst der Wirtschaft zu stellen.

Schritt 2: Reichtum und Ressourcen stärker besteuern und Arbeit entlasten

Nur die kluge Besteuerung von Reichtum und Ressourcen und die Entlastung von Arbeit kann einem immer stärkeren Auseinanderdriften von Krisengewinnern und Krisenverlierern – innerhalb wie zwischen den europäischen Ländern – entgegenwirken. Eine Austeritätspolitik, die am Ende die verfügbaren Arbeitseinkommen belastet, bewirkt das Gegenteil und verschärft so die soziale und die ökonomische Krise. Wo in weiten Teilen Europas die Märkte wegbrechen, weil in der Fläche keine Kaufkraft mehr verfügbar ist, werden auch die heutigen „Exportweltmeister“ immer weniger Abnehmer für ihre Waren finden.

Schritt 3: Den Wettbewerb zwischen den Euroländern mildern

Die Mechanismen der Konkurrenz verstärken die vorhandenen Unterschiede der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit, statt sie zu verringern. Im Euroraum hat es auch mit der Währungsunion keine Konvergenz, sondern divergierende Entwicklungen gegeben. Hier muss eine neue europäische Wirtschaftspolitik einsetzen: In einem Land wie Deutschland ist etwa durch Arbeitszeitverkürzung der überbordende Produktivitätsvorsprung zu reduzieren. Maßnahmen eines europäischen Länderfinanzausgleichs und gemeinsame Staatsanleihen müssen zumindest die Zinsunterschiede der Staatsfinanzierung ausgleichen. Sie können den ungleichen Wettbewerb von Staaten um die günstigste Finanzierung auf privaten Geldmärkten ersetzen.

Schritt 4: Kooperation und Demokratie – statt Troika-Diktat und Rettungsgipfel

Kooperation und Demokratie müssen auf europäischer Ebene die Politik der Troika-Diktate und der „Rettungsgipfel“ ersetzen. Eine europäische Sozial-, Finanz- und Umweltpolitik bedarf der demokratischen Legitimierung. Nur eine Stärkung der Bürgerbeteiligung mit europäischen Wahllisten und initiativen Gesetzgebungsrechten des europäischen Parlaments kann zur Entwicklung einer europäischen Zivilgesellschaft beitragen. In deren Rahmen kann der europäische Gedanke aus seiner Verengung auf offene Märkte und einen einheitlichen Währungsraum wieder herausgelöst und das europäische Projekt demokratisch neu belebt werden.

Akademie Solidarische Ökonomie

Seit dem Sommer 2008 treffen sich engagierte Bürger, Wissenschaftler und Aktive aus dem Ökumenischen Netz in Deutschland und globalisierungskritischen Bewegungen. Sie haben im Laufe der Jahre Prinzipien, Strukturen und Modelle einer lebensdienlichen, solidarischen und zukunftsfähigen Ökonomie entwickelt und in der Folge eine "Akademie Solidarische Ökonomie auf Zeit" gegründet. Als Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Stiftung Ökumene wurde sie 2010 auf Dauer gestellt. Nach gut dreijähriger Arbeit stellte die Akademie im Oktober 2011 erste Ergebnisse vor, die 2012 im Buch "Kapitalismus und dann?" veröffentlicht wurden. Im Jahr 2013 folgte das Buch „Das dienende Geld. Die Befreiung der Wirtschaft vom Wachstumszwang“.

Pressekontakt

Norbert Bernholt (Geschäftsführer)

Am Butterberg 16

21335 Lüneburg

04131/7217450

nbernholt@web.de

www.akademie-solidarische-oekonomie.de